

Aus dem Neuköllner Rathaus

Mai
2019



DIE LINKE.
Fraktion in der BVV Neukölln

Schwerpunkte der Arbeit der Fraktion DIE LINKE

Drogenkonsumraum: Ausweitung des Angebots

Seit ca. drei Monaten gibt es nun den von der LINKEN initiierten Drogenkonsumraum in der Karl-Marx-Straße. Hier können Drogen in hygienischer und sicherer Umgebung konsumiert werden. Außerdem können Drogenkonsument*innen sich beraten lassen – vor Ort sind Sozialarbeiter*innen und Gesundheitspersonal. Ein Gewinn für Neukölln: Durch den Drogenkonsumraum wird die Belastung von Anwohner*innen durch drogenbezogene Verhaltensweisen geringer; für Konsument*innen werden gesundheitliche Risiken reduziert. Die Einrichtung hat bereits ein Menschenleben gerettet: Bei einem Notfall eines neuen Nutzers konnte das Personal einen Drogentod verhindern. Auf der Straße wäre er vermutlich gestorben. Auf Initiative der LINKEN werden seine Öffnungszeiten nun erweitert, so dass das Angebot an Wochentagen länger und auch am Wochenende zugänglich wird. Außerdem hat sich die Fraktion DIE LINKE erfolgreich dafür eingesetzt, dass in Neukölln ein zweiter Spritzenautomat aufgestellt wird, um den bisherigen Standort an der Hermannstraße zu entlasten.

Friedhöfe Hermannstraße

Die BVV diskutiert zur Zeit die künftige Nutzung der evangelischen Friedhöfe an der Hermannstraße. Ein Friedhofsentwicklungskonzept wurde bereits beschlossen. DIE LINKE argumentiert in diesem Zusammenhang, dass sehr genau zu überlegen ist, wieviel Grün für welche Zwecke aufgegeben wird. Das Unterbringen von dem Ev. Friedhofsverband nahestehender privater und verbandseigener Büros in Neubauten gehört nicht zu

einer wünschenswerten Nutzung dazu.

Dauercamper in der Oderstraße schützen

Auf zwei Wagenplätzen in der Oderstraße wohnen dauerhaft Camper*innen. Da die beiden Grundstücke nun für Wohnungsbau bzw. einen neuen Schulstandort vorgesehen sind, setzt sich DIE LINKE dafür ein, diese bei der Suche nach neuen Standorten oder einer Wohnung zu unterstützen. Denn die Dauercamper*innen suchen nicht das Abenteuer, sondern finden keine Wohnungen zu bezahlbaren Preisen. Sie benötigen Hilfe, um nicht obdachlos zu werden.

Instandsetzung Fritz-Karsen-Schule

Wegen eines Wasserschadens können die Werkstatträume der Fritz-Karsen-Schule nicht genutzt werden. Weil deshalb für 270 Schüler*innen der Unterricht ausfällt, wollten die Lehrer*innen wissen, wann die Räumlichkeiten wieder zur Verfügung stehen werden. Der Bezirk will nun für die Instandsetzung Sondermittel in Höhe von 2 Mio. Euro in Anspruch nehmen. Die Bauarbeiten sollen im Juli 2019 starten.

Jobcenter Neukölln: Sanktionen aussetzen

Im Rahmen eines zweijährigen Pilotprojekts soll das Jobcenter Neukölln nun von Sanktionen gegenüber Bezieh*innen von Leistungen nach SGB II absehen. Mit einer Mehrheit aus LINKEN, Grünen und SPD stellt sich der Sozialausschuss hinter den Antrag von Doris Hammer.

Initiativen

Alle Initiativen der Fraktion können auf www.linksfraktion-neukoelln.de eingesehen und nachverfolgt werden.

Anfragen

1308/XX Wie kann die Einhaltung von Milieuschutz und Mietpreisbremse durchgesetzt werden?

1309/VV 350 Polizisten im Einsatz für die Imageshow des Bürgermeisters Hikel und Innensenator Geisel

Anträge

1292/XX Milieuschutzgebiet Schillerpromenade ergänzen

Stellungnahme

Keine Werbung für die Waffe! Umseitig abgedruckt.

Keine Werbung für die Waffe!

Als einzige Fraktion hat DIE LINKE in der BVV Neukölln konsequent gegen Werbung der Bundeswehr an Berliner Schulen gestimmt!
- Thomas Licher

In der BVV-Sitzung am 10. April 2019 lag eine Entschließung der FDP vor, die für Werbung der Bundeswehr an weiterführenden Schulen in Neukölln eintrat. Der Entschließung ist sofort die fraktionslose ultrarechte Bezirksverordnete der AfD-Liste Zielisch beigetreten. Ursache für die Entschließung war ein Antrag des SPD-Landesparteitages Berlin von Ende März 2019, der sich für ein „Werbeverbot für alle militärischen Organisationen an Schulen“ aussprach und dieses Ziel ins Berliner Schulgesetz mit aufnehmen möchte. Das ist ein kluger Beschluss. Die Fraktion DIE LINKE in der BVV Neukölln begrüßt es ausdrücklich, dass zukünftig die sogenannten „Jugendoffiziere“ der Bundeswehr nicht mehr einseitig für den Soldatenberuf werben sollen. Die Umsetzung dieses SPD-Beschlusses in das Schulgesetz für das Land Berlin wird sicher nicht an der LINKEN Abgeordnetenhausfraktion scheitern. Schon 2010 hatte sich DIE LINKE gegen das Auftreten der Jugendoffiziere an Schulen ausgesprochen. Die Bundesrepublik Deutschland hat die UNO-Kinderschutzkonvention unterschrieben, die auch den Schutz von Kindersoldaten vorsieht. Doch nach wie vor können Minderjährige mit Zustimmung der Erziehungsberechtigten in die Bundeswehr eintreten. Sie dürfen zwar nicht an Wahlen zum Bundestag teilnehmen oder alleine Autofahren, werden aber bei der Bundeswehr auf den Soldatenberuf vorbereitet. Gerne wird das Argument vorgebracht, die Bundeswehr sei eine Parlamentsarmee. Sicher ist es ein Fortschritt, dass in der Bundesrepublik das Parlament über die Militäreinsätze entscheidet. Das ändert aber nichts an der Tatsache, das seit 1992 bei den Auslandseinsätzen der Bundeswehr über 110 Soldatinnen und Soldaten ums Leben gekommen sind bzw. getötet wurden. Für die Angehörigen spielt es keine Rolle, ob sie für „Kaiser und Vaterland“

oder für Parlament und „Oberbefehlshaberin von der Leyen“ gefallen sind. Aus der Rolle von Deutschland in zwei Weltkriegen leitet sich eine besondere Verpflichtung für den Frieden ab. Die Bundesrepublik ist umgeben von lauter befreundeten Staaten. Es gibt keinerlei Bedrohung für unser Land, der man mit militärischen Mittel entgegen muss. Zum Beispiel hat der seit 2002 laufende Bundeswehreininsatz in Afghanistan nicht zu einer wesentlichen Stabilisierung des Landes beigetragen. Auch die anderen Auslandseinsätze sind bestenfalls „wirkungslos“. Deshalb muss das aktuelle Aufrüsten umgehend gestoppt und die Ausgaben fürs Militär eingefroren werden. Weiter sind alle Auslandseinsätze der Bundeswehr in kürzester Zeit zu beenden. Derzeit hat sich die Situation bei den Ausbildungsplätzen entspannt. Niemand ist mehr wegen des Mangels an Perspektiven zu einer Berufsausbildung bei der Bundeswehr gezwungen. Dieses darf nicht durch verstärktes einseitiges Werben der gut geschulten ca. 340 Jugendoffiziere bzw. Werbeoffiziere der Bundeswehr bei den vorwiegend Minderjährigen an Schulen unterlaufen werden. Der besondere Schutz von Jugendlichen beinhaltet auch, das man sie vor der einseitigen Werbung für den Dienst an der Waffe bewahrt. Die SPD-Fraktion in der BVV Neukölln hat sich leider nicht vor den klugen Beschluss des SPD-Landesparteitages gestellt, sondern einen Änderungstext eingebracht. Hierin versteckt sich die SPD hinter einem „windigen Bekenntnis“ für das selbständige Handeln der Schulen. Dem Änderungstext der SPD haben dann alle anderen Bezirksverordneten – von Grüne bis zu den fraktionslosen Rechtsaußen der AfD – zugestimmt. Nur DIE LINKE hat konsequent dagegen gestimmt.



DIE LINKE.
Fraktion in der BVV Neukölln

Kontakt

Rathaus Neukölln
Karl-Marx-Str. 83, 12040 Berlin,
Raum A307
Fon: +49.30.90239-2003
Fax: +49.30.90239-3482
linksfraktion@bezirksamt-neukoelln.de
www.linksfraktion-neukoelln.de

Sprechzeiten

Montags 14-18 Uhr
Dienstags 10-14 Uhr
Donnerstags 14-18 Uhr

Bürger*innensprechstunde

Donnerstag 14-16 Uhr

Termine

1. April 2019 / 17:30 Uhr
Öffentliche Fraktionssitzung

8. April 2019 / 17:30 Uhr
Öffentliche Fraktionssitzung

10. April 2019 / 19:00 Uhr
Öffentliche Sitzung der BVV

13. Mai 2019 / 17:30 Uhr
Öffentliche Fraktionssitzung

20. Mai 2019 / 17:30 Uhr
Öffentliche Fraktionssitzung

22. Mai 2019 / 17:30 Uhr
Öffentliche Sitzung der BVV